

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **ÖPNV-Rettungsschirm verlängern - Nahverkehr sichern**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich unverzüglich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der ÖPNV-Rettungsschirm verlängert und dafür die Regionalisierungsmittel erneut und massiv aufgestockt werden.
2. die Kosten eines erneuten Rettungsschirms gemeinsam mit dem Bund je zur Hälfte zu tragen.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

#### **Begründung:**

Der erneute Lockdown ist wiederum mit erheblichen Fahrgast- und Umsatzeinbußen verbunden. Auch sind die Fahrgastzahlen und damit die Einnahmen über Monate ohnehin unter dem üblichen Niveau geblieben. Tarifierhöhungen wurden bereits angekündigt. Mit den bisherigen Mitteln aus dem ÖPNV-Rettungsschirm können allenfalls Verluste aus 2020 abgedeckt werden. Sie reichen jedoch nicht für die Stabilisierung des Nahverkehrs in den kommenden Monaten. Die Verkehrsunternehmen brauchen Sicherheit durch eine Verlängerung und Aufstockung des ÖPNV-Rettungsschirms.

Die Verkehrsministerkonferenz forderte bereits im Dezember 2020 den Bund auf, sich an dem Rettungsschirm zu beteiligen. Zudem erklärten sich die Länder bereit, ihren Anteil an einem Rettungsschirm zu tragen. Die Kommunen sollen nicht erneut einen Anteil der Verluste für den sonstigen ÖPNV schultern müssen.